

Pressemitteilung

10. Juli 2018

Bündnis der Bürgerinitiativen (BBiGL) will Antworten auf drängende Fragen

Das Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan (FNP) hat sich mit einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Parteien gewandt und seine Befürchtungen zum Ausdruck gebracht, dass für den anstehenden Entscheidungsprozess zum FNP nicht ausreichend Zeit bleibt.

Die Stadtverwaltung hat ohne ersichtlichen Grund den FNP-Entscheidungstermin um zwei Monate vorgezogen. Damit bleibt den Ratsmitgliedern keine ausreichende Möglichkeit, die hochkomplexen und wichtigen Abwägungsprozesse und Entscheidungen mit der gebotenen Sorgfalt vorzunehmen. 4 Gigabyte Daten in 2.380 Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger Öffentlicher Belange sind zu bearbeiten und mit der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung abzugleichen. Diese liegt aber bislang noch gar nicht vor, dürfte aber vom Umfang her mindestens ebenso umfassend sein wie die 1.000 Seiten zum ersten FNP-Entwurf.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen hat sich deshalb mit folgendem Fragenkatalog an die Fraktionsvorsitzenden und die Ratsmitglieder gewandt:

- **Wie stehen die Fraktionen zu der Vorziehung des Entscheidungstermins zum FNP, die die Möglichkeit, die Stellungnahmen der Träger Öffentlicher Belange sowie der Bürgerinnen und Bürger mit der Vorlage der Verwaltung abzugleichen, stark verkürzt?**
- **Warum wurde der Termin vorgezogen? Wer hat die Entscheidung getroffen? Waren die politischen Mandatsträger an dieser Entscheidung beteiligt?**
- **Ist es für die Ratsmitglieder zumutbar, die zu erwartende Menge an Datenmaterial bis zum geplanten Sitzungstermin mit der gebotenen Sorgfalt zu bearbeiten?**
- **Warum bekommen die Bürgerinnen und Bürger erst nach der Beschlussfassung des Rates Antworten auf ihre Eingaben? Damit wird ihnen jegliche Möglichkeit genommen, Richtigstellungen oder Korrekturen vorzunehmen.**
- **Hat die im gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD im September 2017 empfohlene Priorisierung der Flächen noch Gültigkeit? Wie verbindlich ist diese Priorisierung?**

Das Bündnis hatte die Rücknahme von Bauflächen im zweiten Entwurf des Flächennutzungsplans begrüßt, hält die Reduzierung jedoch bei weitem für nicht ausreichend.

Das Bündnis kritisiert grundsätzlich das fehlende Leitbild der Stadt, die willkürlichen Annahmen hinsichtlich des zukünftigen Bevölkerungszuwachses, die Ungereimtheiten bei der Beschreibung der im FNP angegebenen Flächen und den daraus gezogenen Empfehlungen sowie die Verschiebung der Lösung der Verkehrsfrage auf die Bebauungspläne, insbesondere aber die Gefährdung der Stadt im Grünen durch irreversible Eingriffe in die Natur.

Das Bündnis befürchtet auch, dass die Beteuerung der Stadtverwaltung, Verkehrsprobleme mit den Bebauungsplänen lösen zu wollen, ein rein taktisches Manöver ist. Bereits der in der letzten Woche beschlossene Bebauungsplan „Am Kalkofen“ (Cox-Gelände) hat gezeigt, dass die Lösung der Verkehrsfrage eben nicht gleichzeitig angegangen, sondern nunmehr auf die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes und einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Offenbar gilt für Bergisch Gladbach weiter die Devise: Erst bauen, dann planen.

BBi-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan

Pressekontakt: Rainer Röhr: rainer.roehr@t-online.de Tel. 02202-84831
und Marc Schneider: marc@logopaedie-schneider.de Tel. 02202-979 03 31